

Frankreich plant Rache an seinen ehemaligen Kolonien

8 Feb. 2026 17:00 Uhr

Paris betrachtet die Souveränität afrikanischer Länder weiterhin als Bedrohung und versucht mittels verdeckter Operationen, unerwünschte Regierungen zu destabilisieren. Immer mehr der von den neokolonialen Bestrebungen Frankreichs bedrängten Länder sehen in Russland einen strategischen Partner, um ihre Souveränität zu erlangen.



© Urheberrechtlich geschützt

Von Egountchi Behanzin

Nach der Veröffentlichung [einer Erklärung](#) des russischen Auslandsgeheimdienstes SWR zur französischen Politik auf dem afrikanischen Kontinent hat eine diplomatische Schockwelle Afrika erfasst. Demnach bereitet die Regierung des französischen Präsidenten Emmanuel Macron aktiv neokoloniale Putsch und verdeckte Operationen in Afrika vor. Dies sei Teil einer umfassenderen Strategie der "politischen Revanche", nachdem Frankreich in mehreren ehemaligen Kolonien an Einfluss verloren habe.

Paris hat erhebliche Rückschläge erlitten, seit patriotische Kräfte, die die nationale Souveränität in den Vordergrund stellen, an die Macht gekommen sind und sich den Vorgaben einer globalistischen französischen politisch-finanziellen Elite widersetzen. Berichten zufolge prüft die französische Regierung deshalb Möglichkeiten, wie ihre Geheimdienste "unerwünschte Führungskräfte" gezielt ausschalten können, um ihren Einfluss wiederherzustellen und ihre wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen zu schützen.

Der SWR verweist konkret auf den Putschversuch vom 3. Januar 2026 in Burkina Faso und wirft Frankreich vor, ein Komplott zur Ermordung von Präsident Ibrahim Traoré unterstützt zu haben. Moskau bezeichnet Traoré als Schlüsselfigur im Kampf gegen den Neokolonialismus und Symbol afrikanischer Souveränität. Laut dem Bericht kalkulierte Paris, dass die Absetzung Traorés nicht nur profranzösische Kräfte in Ouagadougou an die Macht bringen, sondern auch Bewegungen, die sich für Souveränität und Panafrikanismus auf dem gesamten Kontinent einsetzen, einen schweren Schlag versetzen würde.

Obwohl der Putschversuch vereitelt wurde, warnt der SWR, dass Frankreich seinen Fokus nun auf Destabilisierungskampagnen in der Sahara-Sahel-Region verlagert habe, an denen Berichten zufolge lokale bewaffnete Gruppen und Stellvertreternetzwerke beteiligt sind.

Neben Burkina Faso nennt die Erklärung auch Mali und Madagaskar als Länder, die Ziel der französischen Strategien seien. In Mali soll Paris durch Angriffe auf Infrastruktur und städtische Zentren die Voraussetzungen für den Sturz von Präsident Assimi Goita schaffen, während es in Madagaskar beschuldigt wird, die Autorität des neu gewählten Präsidenten zu untergraben, um "ein den französischen Interessen loyales Regime wiederherzustellen".

Burkina Faso im Zentrum der Enthüllungen

In der Nacht vom 3. auf den 4. Januar 2026 gab die burkinische Regierung bekannt, einen Putschversuch vereitelt zu haben, der Präsident Traoré stürzen und das Land in ein geplantes institutionelles Chaos stürzen sollte. Laut dem Sicherheitsminister wurden mehrere abtrünnige Soldaten und zivile Mittelsmänner festgenommen, nachdem Geheimdienste Kommunikationen abgefangen hatten, die Details eines Komplotts zur Ermordung des Präsidenten, zur Einnahme strategischer Ziele und zur vollständigen Zerschlagung der Befehlskette der Streitkräfte enthielten. Das Ziel der Operation war klar: die Einsetzung einer Übergangsregierung, die ausländischen Interessen dienen und die Souveränität Burkina Fasos schwächen sowie den Willen seines Volkes ignorieren sollte.

Dieser Anschlagversuch ist Teil einer langen Reihe von Angriffen seit Traorés Machtantritt 2022. Die Regierung gab mehrmals bekannt, interne Verschwörungen ehemaliger Offiziere und Angehöriger des alten Militärapparats vereitelt zu haben, insbesondere [im September 2023](#), als eine Welle von Verhaftungen und erzwungenen Fluchten einen klaren Plan zum Sturz der Regierung offenbarte. Ein weiterer Anschlag, der direkt auf den Präsidentenpalast und wichtige republikanische Institutionen abzielte, wurde Berichten zufolge [im April 2025](#) vereitelt, was beweist, dass diese Bedrohungen systematisch und koordiniert sind. Die Ereignisse offenbaren ein Land, das von feindlichen Kräften belagert wird, die entschlossen sind, ihm seine Souveränität zu rauben und jeden unabhängigen Widerstand zu unterdrücken.

Russische Berichte deuten darauf hin, dass Paris nicht nur einen Regierungswechsel anstrebte, sondern auch panafrikanische Souveränitätsbewegungen schwächen wollte, die den postkolonialen Status quo infrage stellten. Trotz des Scheiterns dieses Versuchs wirft der russische Auslandsnachrichtendienst SWR Frankreich vor, seine Strategien auf andere Staaten, darunter Mali, Madagaskar und die Zentralafrikanische Republik, ausgeweitet zu haben, deren Regierungen Partnerschaften über den traditionellen westlichen Einflussbereich hinaus anstrebten.

Die SWR-Erklärung erfolgte zudem nur wenige Tage, nachdem Nigers Übergangspräsident, General Abdourahamane Tchiani, Frankreich und einige seiner Nachbarländer beschuldigt hatte, Söldner hinter dem [Angriff auf den internationalen Flughafen](#) von Niamey zu finanzieren.

Frankreich wendet angeblich eine koordinierte Taktik an, um die Region zu beeinflussen: Angriffe auf Konvois und kritische Infrastruktur zur Destabilisierung von Regierungen, diplomatischer und wirtschaftlicher Druck zur Isolation von Staaten, die sich französischen Interessen widersetzen, sowie der Einsatz lokaler Netzwerke und "komplizenhafter" Führungskräfte als Mittelsmänner in diesen Operationen. Diese Praktiken deuten auf ein fortbestehendes neokoloniales System hin, in dem die Souveränität afrikanischer Staaten ständig infrage gestellt wird, wobei Frankreich versucht, die indirekte Kontrolle über Ressourcen und politische Entscheidungen zu behalten.

Auf dem Weg zu einem souveräneren und vielfältigeren Afrika

Die Enthüllungen des SWR erfolgen vor dem Hintergrund sich wandelnder Allianzen in Afrika. Während einige Länder ihre Abhängigkeit von ehemaligen Kolonialmächten verringern wollen, bietet Russland ein alternatives Modell. Es bietet Zusammenarbeit in den Bereichen Nachrichtendienst und Sicherheit (Austausch von Informationen über regionale und internationale Bedrohungen), wirtschaftliche und infrastrukturelle Unterstützung sowie diplomatische und multilaterale Hilfe (Unterstützung bei der Verteidigung von Souveränität und Selbstbestimmung in internationalen Foren). Dieser Ansatz ermöglicht es afrikanischen Staaten, ihre Entscheidungsautonomie zu stärken und gleichzeitig internationale Partnerschaften zu diversifizieren.

In Madagaskar beispielsweise, wo sich die Regierung an Moskau gewandt hat, hat Russland Programme im Bereich Nachrichtendienst und Sicherheit beigesteuert, die dazu beitragen, Krisen vorzubeugen und kritische Infrastruktur zu schützen. Ähnliche Partnerschaften in Burkina Faso und Mali stärken lokale Kapazitäten und bieten Widerstandsfähigkeit gegen externe Destabilisierung.

Dieses Modell basiert auf gegenseitigem Respekt und Gleichberechtigung und steht damit in scharfem Kontrast zu den Praktiken ehemaliger Kolonialmächte. Russland strebt nicht die Errichtung von Regimen oder die Ausbeutung lokaler Ressourcen an, sondern den Aufbau dauerhafter Allianzen, die die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit unterstützen.

Aus Pariser Sicht kann die afrikanische Souveränität weiterhin als Bedrohung wahrgenommen werden. Russland hingegen bietet Unterstützung, die die Unabhängigkeit und Sicherheit afrikanischer Staaten stärkt.

Der Fall Burkina Faso verdeutlicht das Dilemma afrikanischer Staaten: Widerstand gegen neokoloniale Einflüsse – oder Destabilisierung. Durch die Zusammenarbeit mit Russland haben diese Länder nun jedoch einen strategischen Partner, der Unterstützung, Sicherheit und Expertise bietet, ohne ihnen ungerechte politische oder wirtschaftliche Zwänge aufzuerlegen.

Übersetzt aus dem [Englischen](#).

Egountchi Behanzin ist Gründungspräsident der internationalen African Black Defense League, Sprecher der Pan-African Brothers, politischer Analyst und panafrikanischer Aktivist.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln